



## **Entschließung des BRH - Landesvorstandes Rheinland-Pfalz vom 25. November 2014**

Das von Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) bereits im Frühjahr zugesagte Lüften des seit 2012 wirkenden „5x1 %“-Deckels auf Besoldung und Versorgung der Beamtinnen und Beamten im Landes- sowie Kommunaldienst in Rheinland-Pfalz muss unverzüglich erfolgen.

Die bisherige Hinhaltetaktik der Landesregierung ist für die Betroffenen unerträglich. Die Beamtinnen, Beamten, Versorgungsempfängerinnen und -empfänger haben die Hängepartie gründlich satt.

Wir wollen nicht darauf warten, ob die nächste Wirtschaftsprognose gut ausfällt. Wir wollen nicht darauf warten, ob das Verhandlungsergebnis um den Tarifvertrag für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen Landesdienst (TV-L) im kommenden Frühjahr aus Dienstherrensicht „akzeptabel“ ausfällt. Denn das wird es als Kompromiss zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Für Besoldung und Versorgung in Rheinland-Pfalz muss es jetzt heißen: „Taten statt Worte!“ Die Landesregierung muss ihre nebulöse Zusage vom gelüfteten Besoldungsdeckel mit konkretem Inhalt füllen.

Der Besoldungsgesetzgeber muss in die Startlöcher kommen, um die angekündigte Abkehr von „5x1 %“ greifbar zu machen.

Rheinland-Pfalz läuft sonst Gefahr, auf dem Besoldungs- und Versorgungsgleis die unrühmliche rote Laterne am Ende des Zuges öffentlich-rechtlicher Dienstherren in Deutschland zu bekommen. Die erkennbare demographische Entwicklung verschärft die Situation zusätzlich. Schädliche Folgen für die Qualität öffentlicher Dienstleistungen sind damit programmiert.

BRH und dbb Rheinland-Pfalz fordern die Landesregierung auf, gegensteuernd die nebulöse Zusage vom Lüften des „5x1 %“-Besoldungsdeckels umgehend zu konkretisieren.

BRH und dbb RLP fordern von der Landesregierung, als Sofortmaßnahme jetzt zu versprechen, dass das 2015er TV-L Ergebnis 1:1 deckungsgleich im Volumen und im Zeitpunkt für die Beamtenbesoldung und -versorgung im Landes- und Kommunaldienst übernommen wird. Die Übertragung muss dann vom Gesetzgeber schnell verabschiedet werden.

Die Beamten und Versorgungsempfänger brauchen sofort eine sicht- und fühlbare Lockerung der Mini-Anpassungen durch konkrete Zusage der TV-L-Übernahme - nicht erst in einem Jahr.

Über inzwischen schon gerissene Bezahlungslücken zwischen den Beamtenbezügen und vergleichbaren Bezahlungen etwa in der Privatwirtschaft in Rheinland-Pfalz befindet bald das Bundesverfassungsgericht mit Auswirkungen auf dbb Musterverfahren im Land. Dann wird sich zeigen, ob über die TV-L-Übernahme hinaus noch weitere Heilungsmaßnahmen nötig sind.